

„Österreichische Kiteboarding Vereinigung (AKA - Austrian Kiteboarding Association)“

§ 1: Name

Die Österreichische Kiteboarding Vereinigung (AKA – Austrian Kiteboarding Association) ist die gemeinnützige Vereinigung für den österreichischen Kitesport.

§ 2: Sitz

Die AKA hat ihren Sitz in Mödling und erstreckt ihre Tätigkeit auf die ganze Welt.

§ 3: Zweck, Tätigkeit und Mittel

1. Die AKA ist ein gemeinnütziger Verein und verfolgt den Zweck, die Ausübung des Kitesports, insbesondere des Kite – Leistungssports, vor allem in all seinen Varianten am Wasser und auf Schnee, zu fördern. Die Vereinstätigkeit ist nicht auf Gewinn gerichtet.

2. Diesen Zweck verfolgt der Verein, indem er insbesondere:

a) Wettkämpfe und andere kitesportliche Veranstaltungen durchführt und die Teilnahme seiner Mitglieder an Wettkämpfen fördert;

b) die kitesurf und snowkite– spezifische Ausbildung und Beratung seiner Mitglieder betreibt und unterstützt;

c) national und international anerkannten Fach- und Dachverbänden nach Zweckmäßigkeit angehört;

d) die Anti-Doping-Bestimmungen des Österreichischen Segelverbandes, der International Kiteboarding Association und der International Sailing Federation umsetzt.

3. Die hierfür erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch:

a) Mitglieds- und sonstige Pflichtbeiträge,

b) Miet- und Unkostenbeiträge für die Benützung des Vereinseigentums und Leistungen des Vereins und seiner Mitglieder,

c) Nennelder bei Wettkämpfen, sowie durch Subventionen, Sponsoring, Werbung und Spenden.

§ 4: Mitglieder

1. Der Verein besteht aus

a) **ordentlichen** Mitgliedern, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen, und

b) **außerordentlichen** Mitgliedern, die vor allem durch finanzielle Beiträge die Vereinstätigkeit unterstützen.

2. Die Mitgliedschaft steht jedem Menschen offen, der an einer gemeinschaftlichen Verfolgung der Vereinsziele interessiert ist.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

1. Die Aufnahme eines ordentlichen oder außerordentlichen Mitglieds setzt einen entsprechenden Antrag voraus. Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

2. Bis zur Entstehung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme von Mitgliedern durch die Vereinsgründer, ab einer vorherigen Bestellung des Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit Entstehung des Vereins wirksam. Wird ein Vorstand erst nach Entstehung des Vereins bestellt, erfolgt auch die definitive Aufnahme von Mitgliedern bis zu diesem Zeitpunkt durch die Gründer des Vereins.

3. Das Mitgliedsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Mit Erwerb der Mitgliedschaft im Lauf des Jahres ist der Mitgliedsbeitrag für das gesamte laufende Kalenderjahr zu entrichten.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.

2. Der Austritt kann nur zum 31. Dezember jeden Jahres erfolgen. Er muss dem Vorstand mindestens einen Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.

3. Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als drei Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt davon unberührt.

4. Der Ausschluss eines Mitglieds kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen Mitgliedern zu.

Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Mitgliederversammlung verlangen.

Die Mitglieder sind in jeder Mitgliederversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und die finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.

Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss zu informieren. Geschieht dies in der Mitgliederversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.

2. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins einen Schaden erleiden könnte.

Die Mitglieder haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Sie sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15).

§ 9: Mitgliederversammlung

1. Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet zumindest einmal im Kalenderjahr statt.

2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet

a) auf Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Mitgliederversammlung,

b) auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,

c) auf Verlangen der Rechnungsprüfer binnen zwei Monaten statt.

3. Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Mitgliederversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich, per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene E-Mail-Adresse) einzuladen.

Die Anberaumung der Mitgliederversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand; im Fall des § 21 Abs. 5 Vereinsgesetz 2002 oder des § 11 Abs. 2 dieser Statuten können bzw. müssen die Rechnungsprüfer selbst eine Mitgliederversammlung einberufen.

4. Anträge zur Mitgliederversammlung sind mindestens sieben Tage vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich, per E-Mail einzureichen.

5. Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

6. Bei der Mitgliederversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied mittels schriftlicher Vollmacht ist zulässig.

7. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig.

8. Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Mitgliederversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Beschlüsse, mit denen die Vereinsstatuten geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führen Obmann oder Obfrau, bei deren Verhinderung einer ihrer Stellvertreter, und zwar zunächst der ältere. Wenn auch diese verhindert sind, führt das sonst an Lebensjahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Mitgliederversammlung

Der Mitgliederversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

a) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;

b) Beschlussfassung über den Voranschlag;

c) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;

d) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;

e) Entlastung des Vorstands;

f) Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche und außerordentliche Mitglieder;

g) Beschlussfassung über Statutenänderungen und über die freiwillige Auflösung des Vereins;

h) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Punkte und

diesbezügliche Anträge.

§ 11: Vorstand

- 1.** Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern, und zwar aus Obmann/Obfrau, SchriftführerIn sowie KassierIn.
- 2.** Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächsten Mitgliederversammlung einzuholen ist.
Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen.
- 3.** Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt 4 Jahre; Wiederwahl ist möglich.
- 4.** Der Vorstand wird von Obmann bzw Obfrau, bei deren Verhinderung auf unvorhersehbar lange Zeit von jedem anderen Vorstandsmitglied schriftlich, mündlich, per E-Mail einberufen.
- 5.** Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
- 6.** Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- 7.** Den Vorsitz führen Obmann oder Obfrau, bei deren Verhinderung einer ihrer Stellvertreter, und zwar zunächst der ältere. Wenn auch diese verhindert sind, führt das sonst an Lebensjahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.
- 8.** Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).
- 9.** Die Mitgliederversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
- 10.** Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Mitgliederversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

Der Vorstand leitet den Verein. Er ist das „Leitungsorgan“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Er hat alle Aufgaben, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Aufgabenbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Führung der Vereinsgeschäfte;
2. Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung von Einnahmen und Ausgaben als Minimum;
3. Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
4. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung;
5. Verwaltung des Vereinsvermögens;
6. Aufnahme und Ausschluss von Vereinsmitgliedern;
7. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

1. Der Obmann/die Obfrau führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der/die SchriftführerIn unterstützt ihn/sie bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
2. Der Obmann/die Obfrau vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Obmanns/der Obfrau und des Schriftführers, in Geldangelegenheiten (= Vermögenswerte Dispositionen) des Obmanns/der Obfrau und des Kassiers/der Kassierin. Rechtsgeschäfte zwischen Verein und Vorstandsmitgliedern bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds.
3. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten, können ausschließlich vom Obmann bzw. von der Obfrau erteilt werden.
4. Bei Gefahr im Verzug ist der Obmann/die Obfrau berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Mitgliederversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
5. Der Obmann/die Obfrau führt den Vorsitz in der Mitgliederversammlung und im Vorstand.
6. Der/die SchriftführerIn führt die Protokolle der Mitgliederversammlung und des Vorstands.
7. Der/die KassierIn ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

8. Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle des Obmanns/der Obfrau, des Kassiers/der Kassierin oder des Schriftführers/der Schriftführerin ihre Stellvertreter, und zwar im Fall einer Verhinderung das Obmanns/der Obfrau in der Reihenfolge ihres Lebensalters.

§ 14: Rechnungsprüfer

1. Zwei RechnungsprüferInnen werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 4 Jahren gewählt; Wiederwahl ist möglich. Die RechnungsprüferInnen dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Mitgliederversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.

2. Den RechnungsprüferInnen obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel.

3. Rechtsgeschäfte zwischen Verein und RechnungsprüferInnen bedürfen der Genehmigung durch die Mitgliederversammlung. Im Übrigen gelten für die RechnungsprüferInnen die Bestimmungen des § 11 Abs. 8 bis 10 dieser Statuten sinngemäß.

§ 15: Schiedsgericht

1. In allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten entscheidet das vereinsinterne Schiedsgericht. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 der Zivilprozessordnung (ZPO).

2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Einigen sie sich nicht, entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Mitgliederversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

3. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Gegen seine Entscheidungen ist kein vereinsinternes Rechtsmittel zulässig.

§ 16: Freiwillige Auflösung des Vereins

1. Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

2. Wenn Vereinsvermögen vorhanden ist, hat diese Mitgliederversammlung auch über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu bestimmen und festzulegen, wem dieser ein nach Abdeckung der Passiven verbleibendes Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll soweit an die Vereinsmitglieder verteilt werden, als es den Wert der von diesen geleisteten Einlagen nicht übersteigt. Im Übrigen soll es gleichen oder ähnlichen Zwecken, wie sie dieser Verein verfolgt, zugute kommen, wobei das Vermögen für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der §§ 34 ff der Bundesabgabenordnung (BAO) zu verwenden ist.

§ 17 Datenschutz / Persönlichkeitsrechte

1. Der Verein erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder unter Einsatz

von Datenverarbeitungsanlagen zur Erfüllung der in dieser Satzung aufgeführten Zwecke und Aufgaben (z.B. Name und Anschrift, Bankverbindung, Telefonnummern und E-Mail-Adressen, Geburtsdatum, Lizenzen, Funktionen im Verein).

2. Durch ihre Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder der

a) Erhebung

b) Verarbeitung (Speicherung, Veränderung und Übermittlung)

c) Nutzung

ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecke des Vereins zu. Eine anderweitige Datenverwendung (z.B. Datenverkauf) ist nicht statthaft.

3. Durch ihre Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder außerdem der Veröffentlichung von Bildern und Namen in Print- und Telemedien sowie elektronischen Medien zu, soweit dies den satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecken des Vereins entspricht.

4. Jedes Mitglied hat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes das Recht auf

a) Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, deren Empfängern sowie den Zweck der Speicherung

b) Berichtigung seiner Daten im Falle der Unrichtigkeit

c) Löschung oder Sperrung seiner Daten